

Politische Gewalt erforschen

Fünf hessische Forschungsinstitute kooperieren in neuem Verbundprojekt zu Transformationen politischer Gewalt

Welchen Effekt haben globale Entwicklungen wie Technologisierung und Klimawandel auf politische Gewalt? Wie kann politische Gewalt von internationalen Institutionen begrenzt oder aber legitimiert werden? Wie wird sie gedeutet und gerechtfertigt? Diesen Fragen widmet sich das interdisziplinäre Verbundprojekt „Regionales Forschungszentrum – Transformations of Political Violence (TraCe)“, in dem fünf hessische Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten. An dem Zentrum, das im April seine Arbeit aufnimmt, sind das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), die Goethe-Universität Frankfurt (GU), die Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), die Philipps-Universität Marburg (UMR) und die Technische Universität Darmstadt (TUDa) beteiligt. Das Verbundprojekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit ca. 5,2 Millionen Euro gefördert.

Mit der Errichtung des Regionalen Forschungszentrums intensivieren die beteiligten Partnerinstitutionen ihre bestehende Zusammenarbeit und bündeln ihre Forschungen auf dem Gebiet der Gewaltforschung. Es entsteht ein regionales Kompetenzzentrum für Forschung, Lehre und Wissens-transfer, das international sichtbar ist und dessen Erkenntnisse systematisch zur Einhegung und Prävention politischer Gewalt beitragen. Das Forschungszentrum ist interdisziplinär besetzt: Es bringt unterschiedliche Perspektiven aus Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichts- und Rechtswissenschaften, Sozialanthropologie, Sozialpsychologie, Kultur- und Sprachwissenschaften und Informatik sowie unterschiedliche methodologische Ansätze zusammen.

Zielsetzung des Verbundvorhabens ist es, die Konsequenzen gegenwärtiger Gewalttransformationen für den innergesellschaftlichen und internationalen Frieden zu identifizieren und Strategien zur Eindämmung politischer Gewalt unter den sich verändernden Bedingungen zu entwickeln. Das Forschungsprojekt wird Typen und Ebenen politischer Gewalt systematisch in drei thematischen Forschungsfeldern analysieren.

- Das erste Forschungsfeld beschäftigt sich mit dem Formenwandel politischer Gewalt und dem Einfluss globaler Trends wie Technologisierung und Klimawandel auf Gewaltdynamiken.
- Das zweite Forschungsfeld geht der Frage nach, wie internationale Institutionen politische Gewalt einhegen, aber auch legitimieren und wie neue Gewaltformen institutionell erfasst werden können.
- Das dritte Forschungsfeld befasst sich mit den komplexen Beziehungen zwischen veränderten Deutungs- und Rechtfertigungsmustern von politischer Gewalt und verschiedenen Erinnerungsräumen wie zum Beispiel Städten.

- In einem übergreifenden vierten Forschungsfeld werden Wechselwirkungen zwischen dem Formwandel, der institutionellen Hegung und Interpretationen politischer Gewalt untersucht.

Um die Forschung des Verbundprojektes in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, wird der Austausch mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gesucht: Transferveranstaltungen wie Workshops, Podiumsdiskussionen und Ringvorlesungen, aber auch verschiedene Publikationsformate tragen dazu bei, die Forschungserkenntnisse für die politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement und den Wissenschaftsjournalismus nutzbar zu machen.

„Wir freuen uns sehr, die Arbeit im TraCe-Verbundprojekt aufzunehmen, das die interdisziplinäre Kollaboration und internationale Vernetzung der beteiligten Einrichtungen vorantreibt. Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine verdeutlichen in tragischer Weise die Notwendigkeit, ein Regionales Forschungszentrum dieser Art zu errichten, das die Ursachen, Dynamiken und Effekte politischer Gewalt untersucht“, sagt Prof. Dr. Christopher Daase, stellvertretendes geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HSK und Ko-Sprecher des Verbundprojektes. Das Verbundprojekt geht auf eine bundesweite Ausschreibung des BMBF zur Förderung und Weiterentwicklung von Forschungsverbänden im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zurück.

JLU-Beitrag

Von Seiten der JLU sind Prof. Dr. Horst Carl, Prof. Dr. Thilo Marauhn (Koordinator), Prof. Dr. Stefan Peters und Prof. Dr. Monika Wingender als Principal Investigators beteiligt. Sie forschen schwerpunktmäßig im zweiten Forschungsfeld des Verbundprojekts zu Institutionen politischer Gewalt. Die JLU wird vom BMBF mit ca. 840.000 Euro gefördert.

Weitere Informationen

<https://www.hsfk.de/forschung/transformations-of-political-violence>

Kontakt

Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU)
Prof. Dr. Thilo Marauhn, M.Phil.
Professur für Öffentliches Recht und Völkerrecht
Licher Straße 76, 35394 Gießen
Telefon: 0641 99-21150/51
E-Mail: thilo.marauhn@recht.uni-giessen.de

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Dr. Ursula Grünenwald
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 069 / 959104-13
E-Mail: gruenenwald@hsfk.de
www.hsfk.de

Die 1607 gegründete **Justus-Liebig-Universität Gießen** (JLU) ist eine traditionsreiche Forschungsuniversität, die rund 27.500 Studierende anzieht. Neben einem breiten Lehrangebot – von den klassischen Naturwissenschaften über Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften bis hin zu Sprach- und Kulturwissenschaften – bietet sie ein lebenswissenschaftliches Fächerspektrum, das nicht nur in Hessen einmalig ist: Human- und Veterinärmedizin, Agrar-, Umwelt- und Ernährungswissenschaften sowie Lebensmittelchemie. Unter den großen Persönlichkeiten, die an der JLU geforscht und gelehrt haben, befindet sich eine Reihe von Nobelpreisträgern, unter anderem Wilhelm Conrad Röntgen (Nobelpreis für Physik 1901) und Wangari Maathai (Friedensnobelpreis 2004). Seit dem Jahr 2006 wird die Forschung an der JLU kontinuierlich in der Exzellenzinitiative bzw. der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert.